

Intensiv- und InteA-Klassen

An den Schulen leisten die Beschäftigten und multiprofessionellen Teams großartige Arbeit in den Intensiv- bzw. InteA-Klassen und im DaZ-Bereich. Die Arbeit ist extrem herausfordernd, da es sich dabei um hochgradig heterogene Lerngruppen handelt. Im Vordergrund steht die Vermittlung der deutschen Sprache, doch müssen auch die verschiedensten psychosozialen Problemlagen, unterschiedliche Herkunft, Erstsprache, Schulerfahrung und häufig auch traumatisierende Fluchterfahrung Berücksichtigung finden. 2015 wurde die Höchstgrenze der Klassen in der Sekundarstufe I von 12 auf 16 und 2022 schließlich auf 19 Lernende erhöht – das ist skandalös!

Wir setzen uns ein für

- ▶ eine gerechte Verteilung der Intensivklassen/InteA-Klassen auf alle Schulen im SSA-Bereich
- ▶ eine Herabsetzung der Höchstgrenzen der der Lernenden pro Klasse
- ▶ mehr Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte und Schulpsychologie vor Ort
- ▶ angemessene Sprachmittlungsangebote im Schulamtsbereich

Gute Arbeit braucht bessere Arbeitsbedingungen!

Die Kandidatinnen und Kandidaten der GEW für den Gesamtpersonalrat



Dr. Folker Albrecht,
Holderbergschule Eschenburg (KGS)/MPGS Haiger, Lehramt H/R, Mitglied im GPRS seit 11 Jahren, Vorsitzender seit Februar 2018, Arbeitsschwerpunkte Rechtsberatung, PR-Fortbildung



Jens Hormann,
August-Bebel-Gesamtschule Wetzlar (IGS), Lehramt H/R, Mitglied im Schulpersonalrat seit 12 Jahren, Mitglied im GPRS seit 12 Jahren, stv. Vorsitzender seit Februar 2018, Arbeitsschwerpunkt Gesamtschulen



Jutta Neuhaus
MPGS Haiger, Lehramt GrS, Mitglied im Schulpersonalrat seit 16 Jahren, Mitglied im GPRS seit 7 Jahren



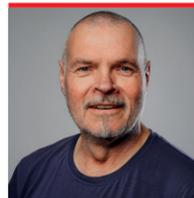
Daniela Pfeiffer,
Schule im Goldenen Grund Selters (GHR), Lehramt H/R, Mitglied im Schulpersonalrat seit 16 Jahren, Mitglied im GPRS seit 12 Jahren



Ricarda Naujok,
Freiherr-vom-Stein-Schule Hünfelden (KGS), Lehramt GHR, 6 Jahre Mitglied im GPRS Hochtaunus-Wetterau



Ulrike Lautenschläger
Christian-Spielmann-Schule Weilburg (GrS), Lehramt GrS, Gewerkschaftsbeauftragte im Schulpersonalrat und Mitglied im GPRS seit 8 Jahren, GEW-Fachgruppe Grundschule, Vertrauensfrau der Schwerbehinderten Bezirk Mitte-Weilburg



Frank Kaiser,
Friedrich-Fröbel-Schule Wetzlar (FÖS), Arbeitserzieher, Vorsitzender Schulpersonalrat, Mitglied der Landestarifkommission, Mitglied der Landesfachgruppe Soz./Päd. im Schuldienst, Mitglied im GPRS seit 3 Jahren



Antje Barth,
Weitalschule Weilmünster (KGS), Lehramt Gym, Sprecherin der GEW-Fraktion, Mitglied im GPRS seit 16 Jahren



Anja Ludwig
Theodor-Heuss-Schule Limburg, UBUS-Fachkraft



Heike Köndgen
Grundschule Garbenheim Lehramt GrS, Mitglied der GEW Fachgruppe Grundschule, Arbeitsschwerpunkte Grundschulen, Teilzeitkräfte im Schuldienst, Mitglied im GPRS seit 3 Jahren



Kerstin Inga Böcher
Rektorin/Lehrerin an der August-Bebel-Gesamtschule Wetzlar (IGS), Lehramt H/R und FÖS, Mitglied im GPRS seit 20 Jahren, GEW-Vertreterin in der Schulkommission des LDK



Christoph Wohlfahrt
Heilerzieher an der Otfried-Preußler-Schule (FöS) Dillenburg, Gewerkschaftsbeauftragter



Gesamtpersonalratswahlen 2024 am 14. und 15. Mai

Die Kandidatinnen und Kandidaten für den Gesamtpersonalrat Schule beim staatlichen Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg.



Mehr Zeit für gute Arbeit!

Der Arbeitsplatz Schule hat sich in den letzten Jahren weiter gewandelt. Corona steckt uns noch in den Knochen, dazu das Wohl und Wehe der Digitalisierung und überhitzte Klassen, nicht nur durch den Klimawandel. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus, antidemokratische Haltungen sowie politische und gesellschaftliche Verunsicherungen haben längst unsere Klassenzimmer erreicht und bestimmen unseren Schulalltag mit. Die auch durch Lehrkräftemangel und Entprofessionalisierung bedingten Belastungen mindern nicht nur die Arbeitszufriedenheit und Attraktivität unserer Berufe erheblich, sondern übersteigen immer öfter die Grenzen der persönlichen Belastbarkeit und werden zum Gesundheitsrisiko.

Wir brauchen mehr Zeit für bessere Bildung, für das Lernen von Demokratie, Menschlichkeit und für den gerechten Umgang mit unserer einen Welt. Mehr Zeit bedeutet Senkung der Pflichtstunden, Reduzierung der Klassengrößen und deutlich mehr vergütete Zeit für Kooperation, Beratung und Reflexion in unseren Schulen.

Erziehung und Bildung für eine gelingende Zukunft brauchen gute Arbeit!

Als **GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat** treten wir konsequent für bessere Arbeitsbedingungen und Entlastungen ein und fordern eine Intensivierung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

► Wir setzen uns für Regelungen und Dienstvereinbarungen zum Wohle aller Beschäftigten ein, sowie für die Reduzierung von Verwaltungsaufgaben zugunsten von Unterricht.

► Wir schauen auf eine gerechte Verteilung der schulischen Versorgung/Stellenzuweisung und achten auf das Einhalten der beamteten arbeitsrechtlichen Bestimmungen sowie auf Transparenz bei Stellenbesetzungsverfahren.

► Wir achten auf die persönliche Situation der Beschäftigten bei Abordnungen oder Versetzungen.

Wir begleiten und beraten bei Konflikten, in Belastungssituationen und bieten Unterstützung als Vertrauenspersonen vor Ort und im Schulamt.

Als **Gewerkschaft GEW** fordern wir eine Ermäßigung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrkräfte, kleinere Lerngruppen, eine den Anforderungen der Inklusion und Integration angepasste Ausstattung der Schulen. Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechtere Bezahlung für alle in Schule Beschäftigten.

Wir treten entschieden ein gegen jede Form von Rassismus, gegen Antisemitismus und Menschenverachtung in unseren Schulen und in der Öffentlichkeit. Wir engagieren uns für Demokratie und für ein Bildungskonzept der nachhaltigen Entwicklung, des Friedens und des Globalen Lernens.

Grundschulen

Mit 28,5 Stunden haben wir die höchste Pflichtstundenzahl aller Schulformen bundesweit bei stetig ansteigenden zusätzlichen Aufgaben in Beratung und Kommunikation, Verwaltung und Dokumentation, konzeptioneller Arbeit auch in Schulentwicklung, Inklusion und Integration, zum Nulltarif.

Wir setzen uns ein für

- Senkung der Pflichtstunden und kleinere Klassen: bei 20 muss Schluss sein
- ausreichend Förderstunden zur Umsetzung von vorbeugenden Maßnahmen (VM) sowie Förderplänen und zusätzliche Koordinationsstunden für Inklusion und Integration
- voll ausgebildete Lehrkräfte, Arbeit in multiprofessionellen Teams auch im Unterricht
- Beschleunigung der schrittweisen Erhöhung auf A13, adäquate Anpassung der Besoldung der Schulleitungen
- gute räumliche und sächliche Ausstattung von Schulen auch für den Ganzttag

Sekundarstufe I / Gesamtschulen / Mittelstufenschulen

Integration, Inklusion, Berufsorientierung, Digitalisierung usw.: Die Herausforderungen nach Corona sind gestiegen, die Entlastung leider nicht. Im Gegenteil, immer mehr Vorgaben müssen beachtet und umgesetzt werden. Die Besetzung offener Stellen dauert oft mehrere Wochen, manchmal auch Monate. Viele Funktionsstellen in den Schulleitungen sind offen. Trotz allem geben die Lehrkräfte alles, jedoch sind nicht wenige an den Grenzen der Belastbarkeit angekommen.

Wir setzen uns ein für

- eine gleichmäßige Verteilung der Belastungen der einzelnen Schulen
- einen gerechten Ausgleich für steigende Anforderungen
- kleinere Klassen für bessere Bildungschancen und Anerkennung für alle Lernenden
- Schulen, an denen Demokratie gelebt und gelernt wird
- längeres gemeinsames Lernen, um Verschiedenheit zu respektieren und zu unterstützen
- Korrektorentlastung für alle, die in die Abschlussprüfungen involviert sind

Gymnasien

An den Gymnasien wird der pädagogische Fortschritt immer wieder durch Einsparungen oder zusätzliche Arbeit konterkariert. Die Folge: erhebliche Mehrbelastungen für Kolleg*innen sowie die stetige Verschlechterung der Lernbedingungen für Schüler*innen

Wir setzen uns ein für

- Reduzierung der Klassengrößen für eine verstärkte Hinwendung zu den Lernenden und mehr Raum und Zeit für eine umfassende inklusive Bildung und Erziehung
- Arbeitsentlastung aller in multiprofessionellen Teams Beschäftigten durch verbindliche Zeitkontingente (Koordinationsstunden) und Stärkung der gymnasialen Oberstufe durch verstärkte Kooperation mit Studienseminaren und Universitäten
- Kompensation der Arbeitsbelastung während der Prüfungen zum Landesabitur (Zuweisung von Korrekturtagen und Freistellungen in der Prüfungsphase)
- Verbesserung der Lehrkräftefortbildung durch eine deutliche Erhöhung des Fortbildungsbudgets und die Möglichkeit zu ganztägig durchgeführten Veranstaltungen in allen Bereichen
- Gleiche Bildungschancen unabhängig von Herkunft und sozialem Hintergrund (Bildungsgerechtigkeit)

Berufsschulen

In Wiesbaden wird an einer grundlegenden Reform der Berufsschulen und einer veränderten Ressourcenzuweisung gearbeitet („zukunftsfähige Berufsschule“). Dabei geht es um Standortkonzepte mit Schulträgern, Schulen und der Wirtschaft. Auch existenzielle Fragestellungen, wie Mindestgrößen von Berufsschulklassen oder das Verfahren zur Bildung von Fachklassenstandorten werden dabei bearbeitet.

Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung klingt das Bekenntnis zur „Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung und einer erfolgreichen Berufsorientierung“ gut, „passgenaue Unterstützung“ für den Übergang von der Schule in die Ausbildung wird dort „garantiert“. Offen bleibt jedoch die Umsetzung – und wenn, geht es an den Kollegien vorbei.

Wir setzen uns ein für

- die Erhaltung der Berufsschulstandorte
- eine Senkung des Klassenteilers der Berufsschulklassen
- die Entbürokratisierung von BÜA
- gleichberechtigte Arbeitsbedingungen der Fachlehrkräfte

Förderschulen

Der Arbeitsplatz einer Förderschullehrkraft ist entweder an einer Förderschule oder als sogenannte BFZ-Kraft an einer Regelschule. Dadurch hat sich das Berufsfeld stark verändert, häufig müssen an den Regelschulen Kinder mit Förderschwerpunkten unterrichtet werden, für die die Lehrkraft gar nicht ausgebildet ist. Neben dem Feststellen der Förderbedarfe und dem Unterricht gehört auch die Beratung und Unterstützung der Regelschullehrkräfte zum täglichen Aufgabenbereich.

Wir setzen uns ein für

- die Umsetzung der in der VOSB vorgesehen personellen Versorgung der inklusiven Beschulung (pro sieben IB-SuS eine Förderschullehrkraft)
- Berücksichtigung der Vielzahl von vorbeugenden Maßnahmen bei der Zuweisung der Förderschullehrkräfte
- Begrenzung der Klassengröße auf 20 Kinder oder Jugendliche bei inklusiver Beschulung
- Zeitressourcen in Form von Koordinationsstunden aller an Inklusion beteiligten Lehrkräfte
- eine Lehramtsausbildung, die auf die Arbeit in Beratungs- und Förderzentren passend vorbereitet